

# BA 05 Au-Haidhausen



München, den 27.01.2021

## ANTRAG: Videokonferenzsystem für Bezirksausschüsse bereitstellen

### Der BA 5 möge beschließen

Die Landeshauptstadt München und die zuständigen Referate werden aufgefordert, den Mitgliedern der Bezirksausschüsse eine einheitliche Plattform für Videokonferenzen zur Verfügung zu stellen, mit denen diese die für die Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Sitzungen auch digital abhalten können. Die Software soll mit allen gängigen Betriebssystemen wie Windows, macOS und Linux und den mobilen Systemen Android und iOS kompatibel sein.

### Begründung

Die technischen Möglichkeiten für Videokonferenzen sind in der Stadt vorhanden, z.B. finden Sitzungen mit Mitarbeitern des Planungsreferats derzeit mithilfe des Videokonferenzsystems Webex statt. Genauso sollte die digitale Durchführung auch für die Bezirksausschuss-internen Sitzungen möglich sein. Um Kontakte zu reduzieren, finden in den Bezirksausschüssen aktuell schon viele Sitzungen online statt. Die Alternative zu einer einheitlichen Lösung, nämlich viele verschiedene, privat zur Verfügung gestellte Lösungen mit diversen Einschränkungen was Barrierefreiheit,

---

### Die Fraktionen des Bezirksausschusses 05 Au-Haidhausen:

Sonja Rümelin  
Arnost Stanzel

*Fraktionssprecher\*innen*  
*Bündnis 90/Die Grünen*

Felix Pinkow-Margerie  
Christian Werner  
*Fraktionssprecher der*  
*Fraktionsgemeinschaft*  
*Au-Haidhauser Mitte mit*  
*FW/ÖDP und FDP*

Nina Reitz

*Fraktionssprecherin*  
*SPD*

Jürgen Fischer  
*Fraktionssprecher*  
*Die Linke*

Barbara Schaumberger

*Fraktionssprecherin*  
*CSU*

Funktionalität wie Sitzungsdauer aber auch Datenschutz angeht, sollte nicht mehr als eine Übergangslösung darstellen. Und der Bedarf nach einem Videokonferenzsystem wird auch mit dem Ende der pandemiebedingt Einschränkungen nicht verschwinden - so können für ausgewählte Themen auch künftig digitale Sitzungen ausreichend sein eine unkomplizierte Teilnahme ermöglichen, oder es können hybride Sitzungsformate realisiert werden, so dass beispielsweise auch bei Sitzungen vor Ort zusätzlich Personen mit eingeschränkter Mobilität teilhaben können.